

Kolumbien-aktuell

No. 474 16. Juni 2008

- 1. Menschenrechte: El Castillo – die Rückkehr der Hoffnung inmitten der Verzweiflung**
- 2. Soziale Bewegungen: Das Wasser sucht sich die Verankerung als Grundrecht in der Verfassung**

Leitungsequipe:

Mauricio García Durán S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Jorge Carvajal, ILSA

Direktion:

Johanna Cárdenas Beltrán

Redaktion:

Mauricio García Durán S.J.; Camino Tamayo; Johanna Cárdenas; Nelson Martin

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinpe.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: fachstelle.luzern@askonline.ch Internet: www.askonline.ch

1. Menschenrechte: El Castillo – die Rückkehr der Hoffnung inmitten der Verzweiflung

Von William Rozo, CINEP

Es war gegen 11 Uhr des 22. Mai 08, als die Mission im Weiler Campo Alegre ankam, wo sie von über 100 Personen mit sehr glücklichen Gesichtern erwartet wurde. Dies hatte den Grund darin, dass in der Gruppe der Personen und Institutionsvertreter auch verschiedene Führungspersonen waren, welche vor mehr als sieben Jahren die Region verlassen mussten.

Betagte Bauern, Jugendliche, Frauen und Kinder aus den höher gelegenen Weilern der Gemeinde El Castillo trafen sich an zwei vereinbarten Orten mit der Mission. Es war eine andere Art von Treffen als die üblichen Autokolonnen von Menschenrechtsorganisationen. Hier gab es nur Maultiere und Pferde. Dies waren die Transportmittel.

Über zwei Stunden dauerte das Treffen zwischen jenen, die aus Bogotá und Villavicencio gekommen und jenen, die aus den verschiedenen Weilern zu den Treffen gekommen waren, um so die Möglichkeit zu haben, sich wieder zu treffen. Der Druck des Militärs und die Angst hatten bisher ein Zusam-

mentreffen mit den zurückgekehrten Bauern verunmöglicht. Die Mission lieferte nun die perfekte Entschuldigung, um ein solches Zusammentreffen zu ermöglichen.

Nach dem Mittag begann der ernste Teil des Treffens. Berichte über die erlebten Grausamkeiten vermischten sich mit der Freude wieder auf seinem Land zu sein und sein Vieh zurückzugewinnen. Doch das Vieh ist nicht mehr da, denn es wurde gestohlen. Doch es besteht der Traum, die Häuser und die eigene Existenz wieder aufzubauen.

Die Gemeinde El Castillo hat insgesamt 9'949 EinwohnerInnen. Davon leben 2'156 Personen in El Castillo selber, 4'044 Personen in verschiedenen Weilern und 3'749 auf Bauernhöfen auf dem Land.

Weiler wie Miravalles, La Esmeralda, Puerto Esperanza, Campo Alegre und El Retiro wurden völlig verlassen, als im Jahr 2002 die Paramilitärs der AUC (Block Centauros) in die Region eindrangen und Tod, Terror und Barbarei verbreiteten. Heute sind diese Orte Ruinen.

Die grausamste paramilitärische Aktion gegen die Bauern im höher gelegenen Teil der Gemeinde El Castillo hinterliess im Jahr 2006 unsäglichem Schmerz und grosses Leid. Die AUC verübten über 100 aussergerichtliche Hinrichtungen (Zerstümmelung mit Motorsägen) und erreichten die Vertreibung ganzer Weiler. „Die Paramilitärs kamen, mordeten und zerstückelten jede Person, der sie auf ihrem Weg begegneten... überall lagen Tote, hier die Leiche von Doña Lucero, hier jene meines Paten, dort jene meines Freundes... die Paramilitärs waren mit Lastwagen unterwegs und nahmen alles aus den Häusern mit, das wenige das wir besaßen, für uns aber alles war, Haushaltgeräte, Kleintiere, Pflanzen und viele wurden gezwungen, ihnen das Vieh zu übergeben, rund 1'200 Rinder trieben sie mit sich fort nach Dorado... all dies raubten sie uns, all dies verloren wir“, erzählen BewohnerInnen.

Nach Angaben von Acción Social sind 5'329 Personen als Vertriebene registriert. Die Armee ist für die Vertreibung von 62 Personen, die Paramilitärs für 566, die Guerilla für 1'998 und andere Akteure für die Vertreibung von 1'127 Personen verantwortlich. Keine Angaben zum Akteur machten 1'570 Personen.

Seit Mitte 2007 bis heute sind über 320 Familien mit eigenen Grundstücken in den Weilern oder auf dem Land in den höher gelegenen Teil der Gemeinde El Castillo zurück gekehrt. Sie sind der Bettelei müde, haben genug von dieser Schande des Staates und entschieden sich zur Rückkehr auf ihre Höfe, die sie seit mehr als 30 Jahren bewirtschaften.¹

In den 80er Jahren und bis Mitte der 90er Jahre galten El Castillo und die weiteren Gemeinden der Region Ariari im Departement Meta als „Kornkammer“ Bogotás, da landwirtschaftliche Güter aus dieser Region die Hauptstadt zu einem guten Teil versorgten. Jeden Tag brachten Lastwagen Kochbananen, Kaffee, Zitrusfrüchte und viele andere landwirtschaftliche Produkte auf die Märkte in Bogotá. In El Castillo gab es keine Armut wie heute. Heute herrscht demgegenüber in den ländlichen Gebieten der Gemeinde pures Elend. Alle Pflanzungen sind zerstört, die Kochbananen-, die Kaffeeplantagen und die Häuser sind vernichtet.

Doch die Würde konnte nicht zerstört werden. Und es war diese Würde der Bauern, die sie zum Entschluss brachte, auf ihre Parzellen zurück zu kehren.

2. Soziale Bewegungen:

Das Wasser sucht sich die Verankerung als Grundrecht in der Verfassung
In Kolumbien haben gegen 10 Mio. Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser. Wer Zugang dazu hat, muss dafür exorbitante Preise bezahlen. Aus diesen Gründen wird gefordert, dass der Zugang zu Trinkwasser als Grundrecht in die Verfassung aufgenommen werden soll.

¹ Die Gemeinde El Castillo wurde in den 70er Jahren gezielt kolonisiert. Bauernfamilien, die aufgrund der Vio-lencia der 50er und 60er Jahre aus verschiedenen Departements geflohen waren, besiedelten die Gemeinde El Castillo.

Von der Presseagentur des IPC, Medellín

Mehr als 1200 Organisationen – soziale Organisationen, Umwelt-, KonsumentInnen-, indigene und afrokolumbianische Organisationen – des ganzen Landes schufen letztes Jahr die *Nationale Kommission zur Verteidigung des Wassers und des Lebens*, welche das Referendum für das Recht auf Wasser lancierte.

Mit dieser Initiative soll das Recht auf Trinkwasser in der Verfassung verankert werden. Alle BürgerInnen – unabhängig von Geschlecht und Gesellschaftsschicht – sollen Zugang zu Trinkwasser haben und das Wasser soll in den Händen des Staates oder der Gemeinschaften sein. Es soll ein lebensnotwendiges Minimum an Wasser garantiert werden, um ein Leben in Würde zu ermöglichen. Auch soll der traditionelle Gebrauch von Wasser in den indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften respektiert werden.

Um dies zu erreichen, wurde ein Referendum lanciert, wie es durch die Verfassung von 1991 und das Gesetz 134 von 1994 möglich geworden ist. Der Referendumsvorschlag muss beim Nationalen Zivilstandesamt mit 140'000 Unterschriften von stimmberechtigten Personen eingereicht werden (5 Promille der Stimmberechtigten). Nach der Einschreibung des Referendums haben die Organisatoren sechs Monate Zeit, um 1,4 Mio. Unterschriften – d.h. von 5% der Stimmberechtigten – zu sammeln, damit der Kongress über das Referendum befinden muss.

Die erste Hürde ist von der Nationalen Kommission zur Verteidigung des Wassers und des Lebens bereits genommen worden. Seit etwa zwei Jahren wurden nationale Foren zum Thema des Wassers abgehalten und das Problem der Trinkwasserversorgung wurde breit diskutiert. Es wurden 250'000 Unterschriften gesammelt, also weit über den geforderten 140'000, und das Referendum konnte formell eingereicht werden.

Jetzt haben sich die Organisationen die Aufgabe gesetzt, rund 2 Mio. Unterschriften zu sammeln. Dies würde erlauben, das Thema des Trinkwassers als verfassungsmässiges Grundrecht auf die Traktandenliste der kommenden Legislaturperiode des Kongresses zu setzen. „Wir haben diese dritte Etappe des Prozesses im März 08 begonnen und haben sechs Monate Zeit, um die 2 Mio. Unterschriften zu sammeln. Bis jetzt haben wir insgesamt 350'000 Unterschriften“, erklärt Lida Posada, Mitglied des departementalen Komitees von Antioquia.

Es gibt Komitees und Freiwillige im ganzen Land, welche für das Referendum Unterschriften sammeln. Trotzdem wird erwartet, dass das Departement Antioquia eine Schlüsselrolle für das Zustandekommen des Referendums spielen wird. Nach Lida Posada will das Komitee des Dep. Antioquia allein in diesem Departement 400'000 Unterschriften sammeln, was auch möglich scheint, stösst doch der Vorschlag bei den Leuten auf gute Resonanz.

„Bei unsern praktisch wöchentlichen Sammelaktionen in verschiedenen Gebieten des Departements Antioquia spüren wir eine breite Unterstützung der Leute. Nur schon wenn sie hören, dass das Wasser privatisiert werden soll und dass wir wollen, dass es ein Recht auf Wasser gibt, unterzeichnen sie sofort. Die Leute wissen, dass das Wasser ein Grundbedürfnis ist. Die gleiche Erfahrung machen wir in den Stadtvierteln. Die Leute hören offen zu, interessieren sich für den Vorschlag und laden noch weitere Leute ein, auch zu unterschreiben“, berichtet Lida Posada.

Obwohl noch ein weiter Weg zur Realisierung des gesetzten Ziels zurück zu legen ist, sieht das departementale Komitee, dass sein Kampf nicht vergeblich war. Kürzlich hat der Stadtrat von Medellín eine Reform des städtischen Entwicklungsplans 2008-2011 gutgeheissen, wodurch ein lebensnotwendiges Minimum an Trinkwasser für Familien aus der untersten sozialen Schicht festgelegt worden ist.

Dies zwingt die Stadtwerke von Medellín EPM 64 Mrd. Pesos aufzuwenden, damit diese Menschen kostenlosen Zugang zu 25 Litern Trinkwasser pro Person und Tag haben. „Ideal wäre die Festlegung eines lebensnotwendigen Minimums von 50 Litern pro Tag und Person gewesen, doch zweifellos ist

die erreichte Verankerung des Rechts auf kostenloses Trinkwasser für die Ärmsten ein wichtiger Erfolg, denn in der Stadt gibt es viele Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser“, meint Lida Posada.

Ein grösser werdendes Problem

Nach der Nationalen Kommission zur Verteidigung des Wassers und des Lebens ist die Wasserproblematik in Kolumbien vor allem eine Zugangsproblematik. Die letzte offizielle Volkszählung des DANE ergab, dass 91% der städtischen Bevölkerung Zugang zu Trinkwasser hat, jedoch nur 66% der ländlichen Bevölkerung.

Doch Studien der Ombudsstelle und der staatlichen Kontrollstelle zeigen, dass in den Dörfern nur 30% der Bevölkerung tatsächlich Zugang zu Trinkwasser haben. In mehreren Städten der andinen Zone, aber auch der Atlantikküste und im Osten des Landes gibt es keine Wasserversorgung während des ganzen Tages. Dazu kommt das Problem der Wasserqualität. Die nationale Ombudsstelle schätzt, dass mindestens in 58% der Gemeinden und in 23 Städten des Landes das Wasser nicht als Trinkwasser geeignet ist.

Zugang und Qualität des Wassers zeigen alarmierende Zahlen. Die Wasserversorgung selber zeigt nach Angaben des Nationalen Komitees ein düsteres Panorama. Nach Zahlen der staatlichen Kontrollstelle stiegen in den 18 grössten Städten des Landes die Preise für die Wasserversorgung zwischen 1995 und 2000 zwischen 38% und 226%. Die Erhöhungen des Wasserpreises gehen bis heute weiter. Offizielle Statistiken zeigen, dass in Bogotá im Moment mehr als 470'000 Familien keinen Zugang zu Trinkwasser haben. In Medellín sind es rund 48'000 Familien, d.h. weit über 100'000 Menschen.

Besorgniserregend ist nach Meinung der Mitglieder des Nationalen Komitees, dass die Wasserversorgung immer mehr an private Unternehmen übergeben wird. Seit der Verabschiedung des Gesetzes 142 von 1993 ist die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen zugelassen. So ist auch die Wasserversorgung von wichtigen Städten der Atlantikküste und auch einiger Städte des Landesinnern – so auch von Bogotá – in den Händen multinationaler Firmen, so etwa der spanischen Suez, Vivendi und Aguas de Barcelona. Dies hat zu Preiserhöhungen geführt, ohne Verbesserung des Deckungsgrades und der Qualität der Dienstleistung.

„Die öffentlichen Dienstleistungsunternehmen gerieten in eine Privatisierungsdynamik. Dieses Referendum will der Privatisierung entgegen treten. (...) Wir schlagen vor, dass das Wasser ein öffentliches Gut ist und der Staat die Wasserversorgung garantiert“, betont Lida Posada. Sie fügt dem düsteren Panorama der Wasserversorgung noch einen Punkt bei, über den wenig gesprochen wird: Die Verschlechterung der nationalen Wasserreserven. „Das IDEAM hat gewarnt, dass ohne den Schutz der für den Wasserkreislauf wichtigsten Ökosysteme das grosse Risiko besteht, dass es in nur 17 Jahren, also bis 2025, zu einer Unterversorgung von 69% der KolumbianerInnen mit Wasser kommen wird. Bereits heute sind viele dieser Ökosysteme in einem fortgeschrittenen Zustand der Verschlechterung durch Verschmutzung und Abholzung“, warnt Lida Posada.